

Bürokratieabbau. Das Bundesjustizministerium setzt beim Bürokratieabbau auf die Unterstützung der Wirtschaft. Der Parlamentarische Staatssekretär im BMJ, Benjamin Strasser (FDP), hat dazu 70 Verbände kontaktiert. Sie sollen über ein Onlinetool des Statistischen Bundesamts unnötige Bürokratie melden. Zudem sollen sie Vorschläge machen, wie Regelungen im Verantwortungsbereich des Bundes vereinfacht werden können. Die Abfrage, ein Projekt des Staatssekretär-Ausschusses „Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau“, in dem alle Ministerien der Bundesregierung vertreten sind, läuft noch bis Mitte Februar. Ein handlungsfähiger Staat brauche eine effiziente und leistungsfähige Verwaltung, so Strasser, der Koordinator des Ausschusses ist. „Dafür brauchen wir möglichst einfache und gut digitalisierbare Vorgänge und Regeln.“ Mit der Abfrage könnten die Praktiker nun direkt und digital mitteilen, wo Bürokratieabbau notwendig und möglich ist.

Justizreform in Israel. Die Pläne der Regierungskoalition von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Israel für einen Umbau der Justiz sorgen weiter für Protest. Neben der Zivilgesellschaft vor Ort hatten auch die Präsidenten aller israelischen Universitäten sowie die Mitglieder aller Jurafakultäten Aufrufe gegen die Reform veröffentlicht. Die Juristinnen und Juristen warnen darin vor einer Gefährdung der demokratischen Rechtsstruktur. Die Gesetzesänderungen führten zum Verlust der unabhängigen Justiz und schwächten die Gewaltenteilung. Zuletzt zeigten sich deutsche Wissenschaftler, darunter auch einige Rechtsprofessoren, in einem offenen Brief solidarisch mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Israel. Gerade vor dem Hintergrund der besonderen Beziehung zwischen beiden Ländern verurteile man den Versuch, die Grundpfeiler des Staates zu beschädigen. • Red



Gerhard Strate
Streiter für den Rechtsstaat

Unbeirrbar im Unrecht

Knallharte Fakten zu schaffen, ohne den zähen Umweg über demokratische Wahlen meistern zu müssen: Davon träumt wohl jeder jugendliche Revolutionär! Doch im arroganten Bewusstsein um das eigene Herrschaftswissen kann der Grad solcher Selbstermächtigung schnell bizarre Züge annehmen. Dies gilt auch für die „Letzte Generation“, ein Bündnis selbsternannter Aktivisten, die Kunstwerke mit Kartoffelbrei übergießen oder sich auf dem Straßenasphalt oder dem Rollfeld eines Flughafens festkleben, um dadurch die Erde vor dem Klimakollaps zu bewahren.

Die Verzweiflung darüber, dass die vehement erhobenen Forderungen schon aufgrund ihrer Undurchführbarkeit weitgehend unerfüllt bleiben werden, treibt manchen der Weltretter inzwischen zu immer fragwürdigeren Aktionen. Hierzu gehören auch Attacken auf die Raffinerie PCK Schwedt, wo mehrfach die Ölzufuhr unterbrochen wurde. Grund genug für die zuständige Staatsanwaltschaft in Neuruppin, ein Ermittlungsverfahren wegen Störung öffentlicher Betriebe einzuleiten und den Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung zu prüfen. Es folgten elf Hausdurchsuchungen im gesamten Bundesgebiet sowie fünf Verhaftungen (Az. 326 Js 14549/22).

Als Antwort startete die „Letzte Generation“ eine Petition, die ihre Anhänger dazu ermunterte, durch Mitzeichnung Selbstanzeige zu erstatten. Im Petitionstext heißt es: „Mit deiner Unterschrift bestätigst du der StA Neuruppin: ‚Auch ich bin Teil der kriminellen Vereinigung Letzte Generation.‘“ Die am Ende 1.759 Namen umfassende Unterschriftenliste wurde der Staatsanwaltschaft am 9.1.2023 übergeben. Überbringerin war Mirjam Herrmann, über die Medien berichten: „Die Jura-Studentin aus Passau lebt derzeit als Vollzeitaktivistin in Leipzig.“ Wer die Anforderungen eines Jurastudiums kennt, wird sich spontan die Frage stellen, wie beides zusammengeht.

Neben der fragwürdigen Einstellung zum Rechtsstaat offenbaren die Aktivisten auch ein seltsames Demokratieverständnis. Die Sprecherin der „Letzten Generation“ forderte in der vergangenen Woche zur besten Fernsehsehzeit einen „verbindlichen Gesellschaftsrat“. Das Gremium soll aus per Losverfahren ermittelten Bürgern bestehen, die – beraten von Experten – für drängende Probleme wie die Klimakrise Lösungen erarbeiten – die dann auch verbindlich umzusetzen sind. Von der parlamentarischen Demokratie und dem Grundgesetz halten die Aktivisten offenkundig nicht viel.

Die Klimaerwärmung scheint eine Generation so zu verstören, dass sie für das Recht und die Jurisprudenz kaum noch erreichbar ist. Sie fühlt sich unbeirrbar im Recht. Für ihre Mission ist die „Letzte Generation“ fast jeden Kollateralschaden zu akzeptieren bereit. Höchste Zeit also für die Politik, den Gordischen Knoten der aktuellen Klimadiskussion zu zerschlagen, statt ihre Folgen einfach auf dem Rücken der Justiz abzuladen. •

Dr. h.c. Gerhard Strate ist Rechtsanwalt in Hamburg und einer der renommierten Strafverteidiger des Landes